

V0338/24

Belegungskonzept Obdachlosenunterkunft
-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und UWG und der ödp-Stadtratsgruppe
vom 30.04.2024-

Antrag:

nach einem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.10.2022 (V0889/22) hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 16.05.2023 einen umfassenden Antrag des Sozialreferenten beschlossen (V0290/23), wonach ein zielgruppenspezifisches Belegungskonzept für die städtischen Obdachlosenunterkünfte weiterentwickelt werden soll. Ein Jahr nach Beschluss stellen die Fraktionen SPD, UWG und ÖDP folgenden

Gemeinschaftsantrag:

1. Die Stadtverwaltung stellt den aktuellen Stand der Erarbeitung und Umsetzung des Belegungskonzeptes vor. Maßnahmen, die noch nicht umgesetzt wurden, werden mit einem Zeitplan hinterlegt.
2. Die Stadtverwaltung stellt dar, welche Daten bei Aufnahmen in einer städtischen Obdachlosenunterkunft erhoben werden und welche Schlüsse darauf in Bezug auf das Belegungs- und Betreuungskonzept abgeleitet werden.
3. Die Stadtverwaltung stellt dar, inwiefern die Bewohnerinnen und Bewohner in der städtischen Obdachlosenunterkunft zu ihrer Lebenssituation befragt werden und welche Schlüsse daraus in Bezug auf das Belegungs- und Betreuungskonzept abgeleitet werden.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	21.11.2024	Bekanntgabe
---	------------	-------------

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 21.11.2024

Der Gemeinschaftsantrag der SPD-Stadtratsfraktion, UWG und der ÖDP-Stadtratsgruppe V0338/24 und der Antrag der Verwaltung V0772/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Fischer berichtet, dass das geplante differenzierte Unterbringungskonzept aufgrund der stark gestiegenen Zahl der Wohnungslosen nicht wie vorgesehen umgesetzt werden konnte. Er erklärt, dass die Präventions- und Nachsorgearbeit weitgehend eingestellt werden musste, was zu dramatischen Folgen geführt habe. Er schildert einen tragischen Fall, bei dem eine wahrscheinlich bei früherer Intervention vermeidbare Wohnungsräumung zum Suizid des Betroffenen geführt habe. Dies zeige die schwerwiegenden Konsequenzen der Überlastung des Systems. Herr Fischer betont, dass die steigenden Fallzahlen sowohl die Mitarbeitenden stark belasten, als auch gravierende Auswirkungen auf die Hilfsbedürftigen habe. Er erwähnt, dass die Unterbringung im Franziskanerwasser bereits sehr verdichtet sei und man erwäge, die Belegung noch weiter zu erhöhen, obwohl dies eigentlich vermieden werden soll.

Frau Prokop berichtete von einer dramatischen Verschlechterung der Unterbringungssituation für wohnungslose Menschen. Die Belegungszahlen seien von ursprünglich 100 bis 120 auf über 300 Personen gestiegen und somit könne die angestrebte Einzelunterbringung von alleinstehenden Frauen und jungen Erwachsenen in einer Wohngemeinschaft nicht mehr aufrechterhalten werden. Familien mit Kindern müssen aktuell zum Teil unter sehr beengten Verhältnissen untergebracht werden, da momentan keine weiteren Notwohnungen von Wohnungseigentümern zur Miete angeboten werden. Als ein Beispiel nennt sie, dass eine schwangere, alleinerziehende Mutter mit ihrem schulpflichtigen Kind derzeit auf 8 m² leben muss. Zukünftig werde man in der Notunterkunft Am Franziskanerwasser von Doppelbelegungen zu einer drei- oder vierfachen Belegung übergehen müssen, um die Menschen unterbringen zu können.

Frau Nehir schildert, dass aufgrund der stark gestiegenen Fallzahlen die Betreuungsmöglichkeiten der Fachstelle zur Vermeidung von Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht mehr ausreichen, um untergebrachte Menschen dabei zu unterstützen nachhaltig eigenen Wohnraum zu finden. Auch sei es nicht möglich zu beurteilen, wann weitere Bausteine des zielgruppenspezifischen Belegungskonzeptes zeitlich umgesetzt werden können. Sie ergänzt, dass die soziale Arbeit hier in drei Phasen erfolge: die Prävention, das kurative Beratungsangebot und die Nachsorge. Es gebe drei Sozialpädagogen Stellen, die nur noch Grundversorgung leisten können und bei Bewohnern, die kein Deutsch können, werde mit Google Translator gearbeitet. Dies sei für die Mitarbeiter oft langwierig und frustrierend. Daher mache man sich auch große Sorgen, dass gerade jüngere Kolleginnen Abwanderungsgedanken haben könnten.

Bürgermeisterin Kleine bedankte sich bei Herrn Fischer und Frau Prokop. Sie erwähnte, dass das Konzept noch nicht vorgelegt werden konnte, aber ein Handlungsbedarf gesehen werde. Sie erinnert, an das kürzlich begangene 60-jährige Jubiläum der Caritas Werkstätten, bei dem auf die sich verschlechternde Situation für Wohnungslose hingewiesen worden sei. Bürgermeisterin Kleine betont, dass ihr das Problem bewusst sei und nach Lösungen gesucht werde. Die Zahl der von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen in den letzten Jahren habe sich verdoppelt, doch die Suche nach Wohnraum sei bisher nicht erfolgreich gewesen.

Stadtrat Werner äußerte sich tief betroffen über die dargestellte Situation in der Betreuung hilfsbedürftiger Menschen. Er bezeichnete es als eine Art Kapitulationserklärung bezüglich der Fähigkeit qualitativ gute Betreuung zu leisten. Er betonte, dass alle Alarmglocken schrillen müssen und zeigt Verständnis für Herrn Fischers Reaktion. Ebenso fühle er sich als Stadtrat für diese Menschen verantwortlich und sei angesichts der Schilderungen emotional bewegt. Er weist darauf hin, dass die Zahl der Betroffenen steige und man darauf reagieren müsse, ohne dabei von Haushaltskonsolidierung zu sprechen. Er forderte sofortiges Handeln und bittet darum, umgehend Kontakt mit dem Oberbürgermeister aufzunehmen. Stadtrat Werner appellierte an alle Stadtratsmitglieder zusammenzuhalten und gemeinsam nach Lösungen für diese missliche Situation zu suchen.

Stadträtin Segerer teilt mit, dass sie versuche, ihre Sprachlosigkeit zu überwinden. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass das Ganze entglitten sei, doch mit diesen dramatischen Folgen konnte niemand rechnen. Die Bedeutung der sozialen Arbeit dürfe nicht unterschätzt werden und Investitionen in diesem Bereich seien dringend notwendig. Sie plädiert dafür, die Personalnot in den Griff zu bekommen, um wieder in die Arbeit und die Beratung zu kommen. Die Beratung sei ihrer Meinung nach das A und O.

Stadtrat Niedermeier merkt an, dass die Regierung von Oberbayer ein ganzes Hotel für Asylbewerber gemietet habe und hakt nach, ob durch Oberbürgermeister Dr. Scharpf etwas Ähnliches auch für die Obdachlosen zur vorübergehenden Aufnahme erreicht werden könne. Des Weiteren möchte er wissen, ob es dieses Jahr wieder Kälteglus am Volksfestplatz gebe.

Vier Kälteglus seien aufgestellt, so Frau Prokop.

Frau Nehir führt aus, dass die Menschen die sich unterbringen lassen wollen auch untergebracht werden können, wenn auch verdichtet. Aktuell sei ein Wohnhaus, das eine Belegung mit 30 Plätzen ermöglicht, neu angemietet worden und werde im Moment ausgestattet. Es werde immer versucht nach und nach für alle Anmeldungen den Bedarf zu decken. Ein schwieriges Thema sei jedoch, dass nach Auffassung des Rechtsamtes im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung immer ein FI-Schalter in den Unterkünften für Geflüchtete oder Obdachlose vorhanden sein muss. Oft seien nur ältere Häuser auf dem Markt, doch diese verfügen nicht über diesen Schalter. Bezüglich der Kälteglus teilt sie mit, dass diese möglicherweise von Menschen genutzt werden, die sich nicht unterbringen lassen wollen.

Herr Fischer erläuterte, dass die Situation bereits in der Vorlage offengelegt worden sei. Er betont, dass auf die Fallzahlsteigerung mit einer personellen Aufstockung reagiert werden müsse. Er plane, Oberbürgermeister Dr. Scharpf einzubinden und es werden auch Gespräche mit dem Personalreferat über den zukünftigen Personalbedarf des Sozialreferats stattfinden. Ein Vorschlag sei, kurzfristige Lösungen zu finden, möglicherweise durch Überbrückungsmaßnahmen, bevor langfristige Umschichtungen realisiert werden können. Herr Fischer erwähnte, dass der sozialpädagogische Bereich bereits verstärkt worden sei und man über den Einsatz von Nachwuchskräften im Verwaltungsbereich nachdenke. Langfristig, so Herr Fischer, seien zusätzliche reguläre Planstellen erforderlich. Falls diese aus Haushaltsgründen nicht eingerichtet werden könnten, müssten Umschichtungen vorgenommen werden. Ebenso werden mit dem Personalreferenten Planungen für kurz- und mittelfristige Lösungen zu erarbeitet.

Stadträtin Krumwiede möchte wissen, wie lange es dauert, bis das in der Vorlage beschriebene Personalbemessungsmodell vorliege, anhand dessen dann konkrete Aussagen getroffen werden können, wie viele Stellen benötigt werden und welchen finanziellen Bedarf es habe.

Frau Prokop erläuterte, dass es bisher keine einheitliche Personalbemessung in der Wohnungslosenhilfe gebe. Es konnte in Erfahrung gebracht werden, dass in München 1:30 Haushalte durch eine sozialpädagogische Fachkraft beraten werden. Auf dieses Ergebnis sei man 2022 auch in Ingolstadt gekommen. Weiter teilt Sie mit, dass in den letzten Wochen an der Arbeitsplatzbeschreibung der Sozialpädagogen gearbeitet worden sei, um zu definieren, was qualitative Anforderungen an die Arbeit seien. Geplant sei, dass das Personalmodell noch in diesem Jahr für den Bereich der Sozialpädagogen vorgelegt werde und später auf weitere Bereiche wie Unterbringung, Verwaltung und Hausmeister erweitert werde.

Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern bekanntgegeben.